

Das peruanische Wunder

Fortschritt im Schneckentempo und ohne ideologisches Tremolo

Marko Martin | **In weiten Teilen Lateinamerikas findet eine geräuschlose Transformation statt, die aber nicht mit einer Niederlage linker Utopien oder dem Sieg des neoliberalen Konservatismus zu erklären ist. Vielmehr haben die Menschen politische Experimente satt und verlangen nach Stabilität. Wie in Peru, wo sie das Erreichte auf jeden Fall bewahren wollen.**

Grau ist es im peruanischen Lima. Ohnehin die kühle Jahreszeit auf der Südhalbkugel, sorgt die ewige Pazifik-Gischt im Verbund mit tief hängenden Wolken und Nebelschwaden für ein Gemisch, das empfindlich aufs Gemüt drücken könnte. Doch vom grieseligen Wetter aufs politische Klima zu schließen, wäre voreilig – trotz der Präsidentschaftswahl vom Juni, die mit dem 77-jährigen Wirtschaftsprofessor Pedro Pablo Kuczynski ein so genannter „Mann des Establishments“ gewonnen hat, und zwar denkbar knapp mit rund 40 000 Stimmen Vorsprung.

Akzeptabel jedoch auch für jene Menschen, die vor allem im abgelegenen Andenhochland für Keiko Fujimori gestimmt hatten. Die unterlegene Kandidatin ist volksnah und dynamisch, kompakt und farbig in den Slogans. Was durchaus wörtlich zu verstehen ist: Kaum eine Lehmhütte oder Wellblechtür, die in den ärmeren Gebieten des südamerikanischen Schwellenlands nicht mit einem knall-

bunten „Keiko Presidente“ bemalt wäre – bezahlt aus der Schatulle der Kandidatin und „ihrer“ Partei, der straff organisierten und drogenkartellaffinen „Fuerza Popular“ (Volkskraft). Viele dieser „Keiko“-Aufschriften datieren bereits aus dem Jahr 2011, als die Charismatikerin ebenfalls bis in die Stichwahl gelangt war.

Weshalb aber hat es auch diesmal nicht zum Wahlsieg gereicht? Entscheidender noch: Weshalb umgibt die erneut unterlegene Kandidatin keineswegs der Nimbus, die „wahre Stimme“ des Volkes zu sein, weshalb gehen ihre Anhänger nicht auf die Barrikaden, wie es in anderen Ländern des Kontinents doch bei knapp ausgegangenen Wahlen Usus zu sein scheint? Man denke nur an Mexiko, wo sich der unterlegene Volkstribun Andrés Manuel López Obrador, genannt AMLO, 2006 als Opfer einer weitgefächerten Intrige darstellte und sogar eine Gegenregierung aufstellte. Ist es also Resignation, die Perus Bevölkerung im Griff hält?

**Die Menschen wollen
keine politischen
Experimente mehr**

Nein, im Gegenteil. Wenn sogar jene, die Keiko Fujimori gewählt haben, nun recht gut mit einem Präsidenten Kuczynski leben können, liegt das eben genau daran: dass man wieder einigermaßen gut leben kann in Peru, wo die Wirtschaft stetig wächst und die absolute Armut, wenn auch langsam, sinkt. Nicht zu vergessen Bildung, Infrastruktur und Sicherheit.

Zugespißt formuliert: Wo sich einst auf Anden-Schotterpisten und in abgelegenen Dörfern die Freischärler des maoistischen „Sendero Lumino-so“ (Leuchtender Pfad) und unterbezahlte, brutalisierte Armeeangehörige mörderische Schlachten lieferten, deren Opfer vor allem unbeteiligte, analphabetische Zivilisten waren, fahren nun mit Gütern und Waren bepackte Kleintransporter auf zweispurigen Asphaltstraßen zwischen Orten mit neuerbauten Schulen – und beachten dabei sehr wohl das Überholverbot in den hochriskanten Haarnadelkurven. Weshalb also ausgerechnet für die Tochter des inhaftierten Ex-Diktators Fujimori, die bereits zu dessen Präsidentschaftszeiten verfassungswidrig als „First Lady“ herumhantiert hatte, jene mühsam errungene Zivilität riskieren und womöglich Konflikte wieder aufleben lassen, die man doch seit dem Jahr 2000 erfolgreich domestiziert hatte?

Auf der Suche nach Stabilität

Was viele Europäer beim Starren auf das linkspopulistische Spektakel im zugrunde gerichteten Venezuela und im besorgten Blick auf das politisch paralysiert scheinende Brasilien kaum wahrnehmen: In vielen Ländern Lateinamerikas sind die Bevölkerung

ebenso wie die Regierungsbürokratie längst müde großsprecherischer Experimente und vermeintlicher „Cambios“ (Wechsel) und setzen auf Stabilität und Kontinuität. Selbst in Brasilia werden diese nun wiederentdeckt, wenn der Außenminister der Interimsregierung ein Ende des diplomatischen Flirts mit Venezuela, Kuba und Nicaragua verkündet und dazu ein Wiederanknüpfen der wirtschaftlichen Bande mit den USA, der EU und Japan.

Auch in Buenos Aires hat der liberalkonservative Präsident Mauricio Macri mit dem Führungsstil seiner populistischen Amtsvorgängerin Kirchner gebrochen und die schrillen Vorwürfe an die „US-dominierte Weltwirtschaft“ eingestellt. Boliviens Präsident Evo Morales hat sich seit einiger Zeit von „anti-imperialistischer“ Rhetorik entfernt und ist zu Recht stolz auf politische Stabilität und wirtschaftliche Prosperität, wie sie das Andenland noch nie erlebt hat. Und in El Salvador, das Europäer einst nur als mörderisches Bürgerkriegsland in Mittelamerika wahrnahmen, regiert nun schon der zweite Präsident in Folge aus den Reihen der ehemaligen Guerilla-Organisation FMLN mit einem gemäßigt sozialdemokratischen Programm; die Alltagskriminalität ist jedoch beängstigend gewachsen.

Eine rosige Erfolgsgeschichte ist die beinahe geräuschlose Transformation weiter Teile Lateinamerikas deshalb keineswegs. Auch derart pauschal, wie in den hiesigen Medien oft geschehen, von einer Niederlage linker Utopien und einem Siegeszug des neoliberalen Konservatismus entweder zu schwärmen oder zu klagen, geht weit an der Wirklichkeit vorbei.

Bild nur in Printausgabe verfügbar

Die Lehre, die uns gegenwärtig aus einem vermeintlich dauer-anarchischen Kontinent erreicht, ist nämlich viel komplexer und zukunftspraktikabler. So beginnt man in Argentinien nicht mit der Abschaffung „sozialer Errungenschaften“, sondern mit einer gerechteren Umschichtung, damit diese den wirklich Bedürftigen zugute kommen und nicht nur den paternalistisch gefütterten Parteigängern der jeweiligen Regierung.

Der haushohe Parlamentssieg der venezolanischen Maduro-Gegner basierte auf dem gleichen Programm; man könnte es auch als späten Lernprozess der Eliten bezeichnen. Denn wie viel Irrsinn, Blut und Tränen, wie viel linksextreme Mörderideologie und oligarchischer Ausbeutungsterror wäre Lateinamerika erspart geblieben, hätte sich das Establishment schon früher kapitalistisch wettbewerbsfroh und aufstiegsfördernd verhalten, anstatt sich Zigarren paffend in spätfeudalen Pfründen zu suhlen

und indigene Analphabeten für sich schuften zu lassen.

In Brasilien hatte dies bereits der liberalkonservative Präsidentenvorgänger der progressiven Ikone Lula da Silva erkannt und wirtschaftspolitisch umzusetzen begonnen; jetzt agiert die Interimsregierung auf eben diese Weise, nachdem die linke Präsidentin Dilma Rousseff ein veritables Desaster hinterlassen hat. Gleichzeitig haben Dank ihrer Sozialpolitik Brasiliens Schwarze und Unterprivilegierte ein Selbstbewusstsein entwickelt, das eine weiß dominierte Elite nicht mehr wie früher wird ignorieren können. Ähnliches gilt für die Indigenen Boliviens, die während der Morales-Jahre derart gesellschaftspräsent geworden sind, dass sie nun sogar den Mut entwickelten, per Referendum „ihrem Evo“ eine anvisierte Verfassungsänderung zu verweigern: Danke für alles, Señor Presidente, aber endlos wiedergewählt wirst du trotzdem nicht.

Weshalb geht es auch in Peru ähnlich modest zu? Weil die Wahlsieger um Präsident Kuczynski wissen, dass der wirtschaftliche Aufschwung sehr wohl vom neoliberalen „Fuji-Schock“ der neunziger Jahre herrührt, ehe der Vater der jetzt unterlegenen Kandidatin zum Diktator mutiert war. Und weil sich in der breiten Öffentlichkeit die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass die so genannten Guten so gut nun auch wieder nicht sind und die bekannten Bösewichte zumindest teilweise manch Bewahrenswertes geschaffen haben.

Vom Saulus zum Paulus

Immerhin war die Zerschlagung des „Sendero Luminoso“ der rabiatischen Strategie Alberto Fujimoris zu verdanken. Auch die rasanteste Verbesserung der Infrastruktur gerade in den ärmeren Regionen war während seiner Amtszeit erfolgt. Als sich Fujimori dann aber eine Verfassung nach eigenem Gusto schneiden ließ, Menschenrechtsverletzungen sich häuften und sein Geheimdienstchef Montesinos per heimlicher Videoaufnahme bei kriminellen Aktivitäten gefilmt wurde, dauerte es nicht lange und der Spuk war beendet. Nach Fujimoris Flucht nach Japan im Winter 2000 mussten die alten, weißen Eliten die Macht abgeben, denn mit Alejandro Toledo wurde zum ersten Mal ein Indígena zum Präsidenten gewählt.

Auch wenn es dem Stanford- und Harvard-Absolventen Toledo nicht gelang, die Kluft zwischen Arm und Reich signifikant zu verringern, so verschlechterte sich doch zumindest nichts. Diese Art Nicht-Misserfolgsgeschichte fand dann 2006 eine Fort-

setzung in der Präsidentschaft Alan Garcías, der das Land schon einmal in den achtziger Jahren regiert hatte. Als damals blutjunger Politiker hatte er alsbald alle Erwartungen bitter enttäuscht. Der Terror des „Leuchtenden Pfades“ erreichte sogar die schicken Hauptstadtviertel von Miraflores und Barranco, während die unkontrollierbare Armee in den Anden zahllose Massaker verübte. Garcías desaströse Verstaatlichungspolitik hatte ein Übriges getan, um Peru an einen vorläufigen Tiefpunkt zu bringen.

Und nun sollte dieser ehemalige Bankrotteur, der von sich behauptete, „radikal gelernt“ zu haben, erneut die Geschicke des Landes lenken? Das Unwahrscheinliche trat ein: Alan García wurde gewählt, hatte tatsächlich gelernt und setzte geräuschlos den wirtschaftsliberalen Kurs seiner Vorgänger fort, flankiert von sozialen Verbesserungen im Schnecken-tempo, die zumindest in die richtige Richtung gingen.

Bei der Präsidentschaftswahl 2011 schien es erneut nur die Alternative zwischen Pest und Cholera zu geben: Diktatorentochter Keiko Fujimori gegen den linksnationalistischen Putschmilitär Ollanta Humala, der sich frühere Wahlkampfauftritte mit Ölgeld aus Hugo Chávez' Venezuela hatte finanzieren lassen und nun ankündigte, dass in Zukunft allein „reinblütige“, d.h. indigene Peruaner das Sagen haben sollten und „weder Weiße noch Gelbe noch Schwarze“. Mit zusammengebissenen Zähnen sprach sich Mario Vargas Llosa, Literaturnobelpreisträger und ehemaliger liberaler Präsidentschaftskandidat, für Ollanta Humala aus – als vermeintlich kleineres Übel. Das sich dann ebenfalls als Überras-

Auch die Bösewichte
haben zuweilen
Gutes geschaffen

schung entpuppte: Lautlos wurden die Chávez-Connection gekappt, die rassistische Rhetorik eingemottet, der Prosperität versprechende Wirtschaftskurs fortgesetzt, das Sozialsystem ausgebaut und die bereits unter Präsident Toledo begonnene Aufarbeitung des Schicksals von Zehntausenden Zivilopfern der achtziger Jahre fortgesetzt.

Doch diese Vom-Saulus-zum-Paulus-Geschichten weisen auch hässliche Spuren auf, denn Alan García und Ollanta Humala samt Familien waren nach Ablauf ihrer Amtszeit mit ernst zu nehmenden Korruptionsvorwürfen konfrontiert. Dass der neue Staatspräsident Kuczynski lange Jahre als erfolgreicher Unternehmer in den USA gelebt hat und zudem der Sohn eines renommierten, 1933 aus Nazi-Deutschland geflohenen Mediziners ist, sollte nicht zur Idealisierung verleiten. Auch während der kommenden fünf Jahre seiner Präsidentschaft wird Peru wohl kaum zu einem Musterland à la Uruguay oder Chile (dessen bislang untadelige Präsidentin Michelle Bachelet neuerdings in Erklärungsnot geraten ist, da ihr Sohn quasi über Nacht zu einem millionenschweren Unternehmer geworden ist).

Wo aber bleibt dann das widerspruchsfrei Bunte im grauen Lima? Es lässt sich betrachten im neu erbauten „Museum für Toleranz und Inklusion“ – und es ist ein Schreckensbild. Das Haus, das die Geschichte des „Leuchtenden Pfades“ aus Sicht seiner Opfer erzählt, präsentiert als Exponate auch die „Volkskunst“ der totalitären Maoisten. Auf Gemälden und Wandteppichen leuchtet da die Sonne als brandroter Feuerball, und sie zeigt das Gesicht des Großen Vorsitzenden Abimael Guzmán, der 1992

verhaftet wurde. Nirgendwo Schatten und Konflikte, dafür eine stramm ins bessere Morgen marschierende Menschenmenge, die Transparente und rote Fahnen schwingt. Ein massenmörderischer Optimismus, der auch jetzt noch Gruseln macht.

Freilich erzählt die Dauerausstellung auch davon, wie die vom „Pfad“ zwangsrekrutierten, gehirngewaschenen oder in den meisten Fällen als „unzuverlässige Elemente“ ermordeten Indígenas zuvor von den tonangebenden bürgerlich-städtischen Eliten sozial kleingehalten worden waren.

Und jetzt? Laufen die Nachkommen der Unterdrückten mit beginnendem Selbstbewusstsein durch dieses einzigartige Museum an der gischtgrauen Pazifik-Küste. Entdecken die Biografien ihrer Vorfahren und kichern vorerst noch etwas verlegen, wenn sie einen am Eingang gereichten Flyer aufschlagen, der „Inklusion“ nicht nur ethnisch-sozial definiert. Es ist ein Infoblättchen, das über die Existenz peruanischer Lesben und Schwuler aufklärt, ebenfalls ein Novum im katholischen Lima. Das Layout ist luftig und bunt, und der Kontrast zur formierten Ästhetik der Maoisten geradezu atemberaubend. Trotz allem also: Was für ein epochaler Wandel in Peru – und das ganz ohne ideologisches Tremolo.

Sehr bunt: das neue Museum für Toleranz und Inklusion in Lima



Marko Martin lebt, sofern nicht auf Reisen, als freier Schriftsteller in Berlin. Soeben erschien sein neuer Erzählband „Umsteigen in Babylon“.